

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Petra Bayr, Fritz Grillitsch,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Prüfung steuerlicher Maßnahmen zur Finanzierung supranationaler Aufgaben wie Eigenfinanzierung der Europäischen Union, Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit

eingebracht im Zuge der Debatte über das Arbeitsprogramm der deutschen Präsidentschaft in der 13. Sitzung des Nationalrates am 7. März 2007

Zentraler Bestandteil der Einigung der Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Brüssel vom 15. und 16.12.2005 betreffend die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013 ist die Review-Klausel, die eine umfassende Neubeurteilung des EU-Finanzrahmens vorsieht.

In diesem Zusammenhang soll auch die nachhaltige und langfristige Finanzierung der EU-Eigenmittel unter Berücksichtigung einer Entlastung der nationalen Haushalte gewährleistet bleiben.

In der Europäischen Union soll entsprechend den bereits im Jahr 2006 festgelegten Klimaschutzziele ein konkreter Aktionsplan vereinbart werden. Gemeinsame Anstrengungen für den Klimaschutz sind eine globale und europäische Aufgabe, zu der alle Mitgliedstaaten aktiv beitragen müssen. Europa trägt zwar nur ca. 14 % der weltweiten CO₂-Emissionen bei, dennoch hat Europa eine weltweite Vorbildfunktion und Verantwortung. Zu den weltweiten CO₂-Emissionen tragen der Flugverkehr zu 2 %, der Schiffsverkehr zu 4 – 5 % bei. Obwohl hohe Steigerungsraten des Verbrauchs von Kerosin und Schiffsdiesel (+ 75 % in den nächsten 15 – 20 Jahren) erwartet werden, sind diese Treibstoffe derzeit noch steuerlich bevorzugt. Es sollen daher entsprechende Maßnahmen überlegt werden, die aber nur im europäischen bzw. internationalen Rahmen umsetzbar sind.

Auch zur Erreichung der UN-Millenniumsziele im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist ein erhöhter Mitteleinsatz notwendig. Um diese Finanzierung abzusichern und von den nationalen Budgets unabhängig zu machen, sind autonome Finanzquellen zu schaffen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird ersucht, in Fortsetzung ihrer bisherigen Initiativen im Rahmen der europäischen Institutionen die Durchführbarkeit einer EU-weiten Steuer wie z.B.: einer